Anfrage z. Stadtrat 10/15: Hat die Stadt wegen der Handballarena („BBGZ“) Vertrauenstatbestände geschaffen ?

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Im Haushaltsentwurf finden wir auf Seite 96A der Projektbeschreibungen (Handballarena) den Satz „Wird das Projekt wie vorgeschlagen, verschoben ... Das Fraunhofer Institut und der Alpenverein ... haben wohl inzwischen Planungsaufträge vergeben. Etwaige Schadenersatzforderungen infolge des Planungsstopps an die Stadt Erlangen können nicht ausgeschlossen werden“.

Wir fragen an:

1. Hat ein(e) Mitarbeiter(in) der Stadtverwaltung gegenüber dem Fraunhofer Institut oder dem Alpenverein Erklärungen abgegeben, auf Grund derer diese darauf vertrauen dürfen, dass das „BBGZ“ sicher gebaut wird, bzw. dass sie im Vertrauen darauf ohne Risiko nun munter Planungsaufträge vergeben können?

2. **Wenn ja:** Wer war das, welche Erklärungen wurden abgegeben, und warum weiß der Stadtrat nichts davon? Welche rechtlichen Folgen haben diese Erklärungen?

3. **Wenn nein, ist die Annahme von Schadenersatzansprüchen nicht nachvollziehbar:** Es ist in Erlangen allgemein bekannt, dass SPD und Grüne Liste das Projekt davon abhängig gemacht haben, dass es der Stadt nicht mehr als ca. 4 bzw. ca. 6 Millionen kostet. Ebenso ist bekannt, dass die Höhe der Zuschüsse nicht sicher ist, und dass die Baukosten- oder Mietbeiträge von Mitnutzern noch verhandelt werden, womit noch unklar ist, was das Projekt die Stadt kostet. Es existiert auch noch keine endgültige Kostenschätzung. Dazu sind bereits zahlreiche Unterschriften für eine Bürgerbegehren zum Stopp des „BBGZ“ gesammelt, so dass das Projekt noch an einem Bürgerentscheid scheitern könnte. **Es ist also in Erlangen allgemein bekannt, dass über den Bau erst noch entschieden wird.**

3a. Sollten interessierte Mitbauherren wider Erwarten und trotz dieser Lage bereits Planungsaufträge vergeben haben: Worauf könnten sich nicht völlig abwegige Schadenersatzansprüche stützen, wenn kein Vertrauenstatbestand vorliegt?

3b. Scheitern etwaige Schadenersatzforderungen nicht bereits an der Schadenminderungspflicht, d. h. wären interessierte Mitbauherren nicht verpflichtet, sich vor der Erteilung von Planungsaufträgen bei der Stadt zu informieren ?

3c. Die Stadtverwaltung hätte doch sicher auf Anfrage jederzeit darüber aufgeklärt, dass über den Bau erst entschieden wird ?

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)